Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Eine Handreichung zu Programm, Struktur, Personal und Hintergründen

Die NPD ist die älteste neonazistische Partei Deutschlands – aber sie ist auch die modernste. Sie hält heute über hundert kommunale Parlamentsmandate. Seit der sächsischen Landtagswahl im September 2004 ist sie erstmals seit mehr als drei Jahrzehnten auch wieder in einem Landtag vertreten und im Herbst 2006 gelang ihr der Einzug in den Schweriner Landtag. Ihr Programm basiert auf einer völkischen Ideologie, es vereint Rassismus, Nationalismus und eine Verherrlichung des Nationalsozialismus mit scheinbar sozialistischen Schlagworten – heraus kommt dann der Slogan »Sozialismus nur für Deutsche«. Im Parteiprogramm wird das Ideengut der »Neuen Rechten« übernommen und versucht, durch pseudowissenschaftliche Begründungen überzeugend zu sein.
Diese Handreichung soll der Übersicht über diese Partei dienen und einige Anregungen für die intensivere Auseinandersetzung mit einer der aktuell erfolgreichsten Vertreterin des deutschen Neonazismus geben.



1. Das Programm der NPD

Die NPD verfolgt eine moderne Strategie: Über Musik zum Beispiel oder Elemente aus der heidnisch-germanischen Mythenwelt verbreitet sie Aspekte ihrer rassistischen Ideologie und hat dadurch Zugänge gefunden zu unterschiedlichen Jugendkulturen. In Zusammenarbeit mit Neonazi-»Kameradschaften« kann sie Jugendlichen heute eine rechte Erlebniswelt bieten, die über eine hohe Anziehungskraft verfügt. Mit einem Durchschnittsalter von 37 Jahren hat die NPD heute die jüngste Mitgliederschaft aller Parteien.

In ihrer Propaganda setzt die NPD immer wieder auch auf aktuelle Themen, sie beteiligte sich beispielsweise an Protesten gegen die sogenannte Hartz-IV-Reform oder den Irakkrieg. Je nach Situation vor Ort gelingt ihr dadurch in manchen Regionen der Anschluss an Diskurse und Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte. Und ganz anders als etwa die Deutsche Volksunion (DVU) versucht sie, feste Parteistrukturen aufzubauen, um sich durch kontinuierliche kommunalpolitische Aktivitäten in Städten und Gemeinden zu verankern.

»Die BRD abwickeln«

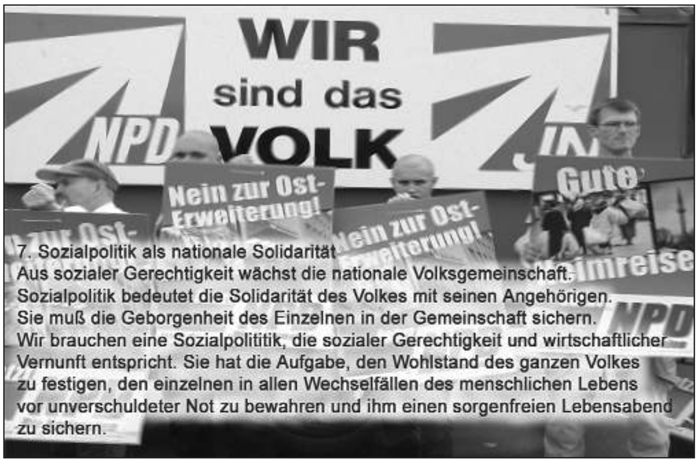
Die Wahlplakate und Flugblätter der NPD klingen oft ziemlich harmlos. In der Parteizeitung Deutsche Stimme oder auf Versammlungen wird der Vorsitzende Udo Voigt deutlicher: Das »Endziel« sei eine »neue Ordnung in Deutschland«, hieß es zum Beispiel in der Deutschen Stimme vom Juni 1997.[1] In einem Interview mit der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit sagte Voigt im September 2004: »Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.«[2] Das Grundgesetz lehnt die NPD strikt ab, ihrer Ansicht nach ist es den Deutschen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus von den West-Alliierten aufgezwungen worden. Genaue Vorstellungen über den neu zu schaffenden Staat hat die NPD nicht, auf jeden Fall aber würde sie

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., lausitzerstr. 10, 10999 Berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | fotos: alle rechte liegen bei den fotografen

die Parlamente entmachten und durch eine starke Führungsperson sowie durch Volksentscheide oder -befragungen ersetzen.

Der »Volks«-Begriff

Kaum ein Begriff taucht in den Programmen der NPD so häufig und so prominent auf wie das »Volk«. Dies ist kein Wunder, denn die NPD ist eine völkische Partei, das »Volk« ist bei ihr Grundlage und oberstes Ziel aller Politik. Für die NPD ist der Einzelne nichts ohne sein Volk. Der erste Satz des NPD-Grundsatzprogramms lautet: »Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen.«[3] Das mag unverfänglich klingen, hat aber weitreichende Konsequenzen. In einer humanistischen Ordnung kommt jedem Menschen seine Würde aus sich selbst zu; darin sind alle gleich, jede und jeder besitzt sie von Geburt an, unabhängig



»Sozialpolitik als nationale Solidarität«: Die »soziale Gerechtigkeit« à la NPD genießen ausschließlich »Blutsdeutsche«.

beispielsweise von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung. »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, lautet deshalb auch der erste Satz des Grundgesetzes, woraus der zweite folgt: »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Ganz anders im NPD-Programm. Dort folgt aus der völkischen Grundsatzentscheidung des ersten Satzes, dass der Staat »Verantwortung für das Volk« trage (und nicht für den einzelnen Menschen). Damit wäre in einem Staat nach den Vorstellungen der NPD Tür und Tor geöffnet für staatliche Willkür gegen Individuen, einzelne Menschen oder Gruppen könnten beliebig zu »Volksschädlingen« erklärt und verfolgt werden.

So deutlich sagt das die NPD natürlich nicht. Und sie profitiert von der Vieldeutigkeit des Begriffes »Volk«, der ja auch im Grundgesetz vorkommt. Die NPD aber hat einen klaren, biologistischen Volksbegriff. »Grundlegend für ein Volk seien: gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur sowie gemeinsames Erleben und Schicksal«, heißt es zum Beispiel im Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006 aus dem Deutsche Stimme-Verlag.[4] Wer also keine »blutsdeutschen« Vorfahren hat, gehört für die NPD nicht zum Volk und hat bei ihr weniger Rechte. Sie will keine Demokratie (demos = Volk), sondern eine »Ethnokratie«, also die Herrschaft einer ethnischen Gruppe.

»Blut und Boden«

Oberstes Ziel der NPD ist der Erhalt des so definierten deutschen Volkes (bzw. der germanischen Rasse, wie einige Mitglieder offen sagen). Folglich setzt sich die Partei für eine stärkere Förderung rein-deutscher Familien ein, denn diese sind in ihren Augen ja (laut Grundsatzprogramm) »Träger des biologischen Erbes« des Volkes. Alle politischen Forderungen der NPD basieren auf diesem Weltbild. Sie ist zum Beispiel für Agrarsubventionen, denn die Bauern seien der »Nährstand des Volkes«. Sie tritt ein für Umweltschutz, denn »ohne eine ökologisch verantwortliche Politik« sei »jedes Volk in seiner Substanz gefährdet«, wie die NPD es formuliert.

Die Programmatik der NPD ähnelt der der NSDAP sehr, deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Partei das nationalsozialistische Deutschland immer wieder verteidigt (und dessen Verbrechen verharmlost). »Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört«, heißt es zum Beispiel in bedauerndem Ton im »Aktionsprogramm« der NPD.[5] In der Deutschen Stimme wird bewundernd über die Wirtschaftspolitik der NSDAP geschrieben. Und der Vorsitzende Udo Voigt erklärt in einem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit: »Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.«[6]

Die soziale Frage als »deutsche Frage«

Unter Voigt ist neben rassistischer Propaganda »die soziale Frage« das wichtigste Propagandathema der NPD geworden, in der Parteizeitung erscheinen Schlagzeilen wie »Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze«. Gleich nach Voigts Amtsantritt, am 1. Mai 1996, mobilisierte die Partei zu einer Großdemo am Leipziger Völkerschlachtdenkmal. »Sozialismus ist machbar«, rief der Vorsitzende dort. »Unser Sozialismus ist aber ein Sozialismus des Volkes und nicht des internationalen Klassenkampfes.« Ihr Grundsatzprogramm hatte die NPD schon Ende der 1970er Jahre auf vermeintlich antikapitalistischen Kurs gebracht, aber erst zwanzig Jahre später und unter den gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Bedingungen Ostdeutschlands konnte sie damit in der Bevölkerung ankommen. Geschickt macht sich die NPD den dort verbreiteten Frust über das bundesrepublikanische System und positive Erinnerungen an die DDR zunutze.

Dass sie darunter vor allem die Ausgrenzung aller, die nicht ins rechte Weltbild passen versteht, und keinesfalls die Herstellung sozialer Gleichheit anstrebt, sagt die NPD nicht laut. Nur im kleingedruckten Anhang des erwähnten Taschenkalenders erklärt die Partei, die von ihr angestrebte Volksgemeinschaft werde »stets eine klare soziale Unterscheidung, als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.) zeigen«.[7]

Wahlkampf der NPD in einer Plattenbausiedlung in Mecklenburg-Vorpommern.





Neonazis und ihre typischen Themen: Auch die NPD argumentiert rassistisch und antisemitisch.



Vielfalt? – Ethnopluralismus

Dieses Zitat verweist auf den zweiten Grundsatz der NPD-Ideologie: Die Partei leugnet vehement die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und schließt dabei von der biologischen Verschiedenheit aller Individuen auf ihre vermeintliche gesellschaftliche, politische, soziale und juristische Ungleichheit. Sie nennt ihr Konzept »lebensrichtiges Menschenbild«. Sie versucht, ihre Gesellschaftsvorstellungen mit pseudo-wissenschaftlichen Erkenntnissen zu begründen, überträgt dazu Erkenntnisse beispielsweise aus der Verhaltensforschung bei Tieren auf den Menschen und ignoriert, dass den Menschen gerade auszeichnet, dass er nicht nur Natur-, sondern auch Kulturwesen ist.

Die NPD teilt die Menschheit in unterschiedliche Rassen ein. Doch anders als die NSDAP bezeichnet sie andere als die arische Rasse nicht offiziell als minderwertig. Stattdessen vertritt sie einen sogenannten »Ethnopluralismus«, den sie der Neuen Rechten entlehnt hat. Demnach sei es erstrebenswert, dass nebeneinander verschiedene Staaten und Gesellschaften existieren, die jeweils »reinrassig« sein sollten. Dieses Konzept hat den Vorteil, dass es der NPD – zumindest theoretisch – auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Rechten ermöglicht. In der Praxis dagegen verachten viele einfache NPD-Mitglieder alle MigrantInnen. Denn genau diese Vorstellung, allein aufgrund der eigenen Herkunft mehr wert zu sein als andere Menschen, macht die NPD und ihre Weltanschauung für einen Teil der Bevölkerung attraktiv – besonders in Zeiten von Globalisierung und wachsender sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit.

Antisemitismus als Konstante im Hintergrund

Wenn die NPD vollmundig gegen das »Großkapital« agitiert, darf man sich keine Illusionen darüber machen, wen im speziellen sie als zu bekämpfenden Gegner ausmacht. Gemäß ihrer tiefen Verankerung in der NSDAP-Programmatik wähnt sie das vorgeblich besonders schädliche internationale Kapital als »jüdisch«. Die »Kapitalismuskritik« der NPD ist eng mit dem klassischen politischen Antisemitismus verknüpft. Bemerkenswerterweise lassen sich antisemitische Äußerungen zur sozialen Frage im großen Stil bei der NPD nicht finden. Eine deutlichere Sprache sprechen jedoch Äußerungen in internen Foren und Blättern. Offenbar erhofft man sich derzeit keine Sympathiegewinne durch aggressive antisemitische Äußerungen. Die entsprechende Ideologie ist bei den NPD-Anhängern jedoch konstant zu finden und schwimmt im Hintergrund immer mit. Sie wird jedoch öffentlich nicht offensiv zur Schau getragen.

Durchbruch findet der Antisemitismus der NPD bei Gelegenheiten wie Demonstrationen unter dem Motto »Keine Steuergelder für den Synagogenbau« oder wie jüngst in hämischen Kommentaren zum Tod von Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

2. Die Neustrukturierung

Unter Voigt und Apfel nutzte die NPD die Chancen, die sich mit der vor allem im Osten verbreiteten rechtsextremen Jugendkultur boten. Mit martialischen Aufmärschen und zünftigen Zeltlagern, mit germanentümelnden Sonnenwendfeiern und Musik unterschiedlichster Stile, mit Websites und bunten »Fanzines« ist am rechten Rand in den vergangenen Jahren eine Erlebniswelt entstanden, durch die sich Elemente extrem rechter Ideologie immer weiter ausbreiten. Das Pressefest der NPD-Zeitung Deutsche Stimme zum Beispiel zog im Jahr 2004 circa 7000, zum großen Teil junge BesucherInnen an. »Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen«, erklärte schon 1993 Ian Stuart Donaldson, der Sänger der britischen Skinhead-Band Skrewdriver das Ziel, »besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.« So ist es kein Zufall, dass heute Rechtsrock-Verleger in der NPD-Spitze vertreten sind und der Deutsche Stimme-Versand diese Musik vertreibt.

Seit Mitte der 1990er Jahre legte die NPD ihren Schwerpunkt auf Ostdeutschland – und insbesondere Sachsen. Dorthin konzentrierte sie ihr Geld, schickte erfahrene Kader, verlegte den Sitz des Deutsche Stimme-Verlages von Baden-Württemberg nach Riesa. Die Partei versucht dabei auch, positive Erinnerungen an die DDR für sich nutzbar zu machen. So schrieb der sächsische Landesverband 1998 in einem Flugblatt, diese sei »das bessere Deutschland« gewesen, »wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen der DDR in die deutsche Politik einbringen.«[8]

Bereits zwei Jahre nach Voigts Amtsantritt, bei der Landtagswahl 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, erreichte die NPD mehr





als ein Prozent der Stimmen und erhielt deshalb wieder Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Im Jahr darauf holte sie in Sachsen 1,2 Prozent, und bei Kommunalwahlen begann mit ersten Gemeinderatsmandaten die Etablierung in der Sächsischen Schweiz. Die Region ist heute eine der Hochburgen der Partei, inzwischen hat sie dort eine stabile StammwählerInnenschaft. Bei der Landtagwahl 2005 gab es Ergebnisse von bis zu 25 Prozent, landesweit glückte mit 9,2 Prozent der Stimmen der Einzug in den Dresdener Landtag.

Maßgeblich beigetragen zu diesem Erfolg hatte eine Wahlabsprache mit der DVU – diese verzichtete in Sachsen auf einen Wahlantritt, im Gegenzug hielt sich die NPD aus der gleichzeitig stattfinden Wahl in Brandenburg heraus. In diese »Volksfront von rechts«, wie NPD und DVU ihre Kooperation nennen, sind auch die »Freien Kameradschaften« eingebunden, die zum Beispiel in Sachsen längst flächendeckend vertreten sind und deren Mitglieder wichtige Wahlkampfhelfer sind. Die »Volksfront« basiert nur bedingt auf programmatischen Übereinstimmungen – sie ist vor allem ein reines Zweckbündnis. Und sie ist nichts Neues: Schon mehrfach in ihrer Geschichte verbündete sich die NPD mit Frey, und jedes Mal zerstritten sich beide Seiten bald wieder.

3. Personal

UDO VOIGT, geb. 1952, ist seit 1996 Bundesvorsitzender der NPD. Sein Vater war Mitglied der SA und Stabsgefreiter bei der Panzertruppe der Wehrmacht. Schon als Schüler trat Voigt der Partei bei, und weil er sie nicht verlassen wollte, musste er 1984 seine Bundeswehrlaufbahn als Hauptmann beenden. Danach stieg er in der Partei auf, wurde in den Bundesvorstand gewählt, leitete jahrelang das NPD-Schulungszentrum, übernahm 1992 den bayerischen Landesvorsitz. Durch die Öffnung zur Neonazi-Szene und Wahlabsprachen mit der DVU hat Voigt den Wiederaufstieg der NPD ermöglicht.

HOLGER APFEL, geb. 1970, ist ein politischer Ziehsohn Voigts und hat in der NPD eine steile Karriere gemacht. Schon 1990, ein Jahr nach seinem Parteibeitritt, wurde er Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand, 1994 übernahm er den Bundesvorsitz der Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Apfel hat maßgeblich zur Radikalisierung der JN beigetragen, er pflegte bereits Kontakte ins Neonazi-Spektrum, als sich die Mutterpartei noch offiziell abgrenzte. Als Chefredakteur der Deutschen Stimme kam er 2000 nach Sachsen und arbeitete jahrelang auf den Einzug in den Landtag hin, wo er seit 2004 NPD-Fraktionschef ist.

Bundesvize PETER MARX, geb. 1956, ist einer der vorzeigbaren NPD-Kader und hat daher schon mehrere Landesverbände geführt und in ganz Deutschland – vom Saarland bis nach Sachsen – als Kandidat gedient. Marx hat Jura studiert (aber das zweite Staatsexamen nicht abgelegt), war u.a. Vorsitzender des NPD-Hochschulbundes und in den 1980er Jahren Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament. Dank seiner dort gesammelten Erfahrungen ist er heute der unverzichtbare Manager der Sächsischen Landtagsfraktion.

Fast ihr gesamtes intellektuelle Potenzial hat die NPD heute in Dresden versammelt. Der »Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes« ist der Historiker KARL RICHTER, geb. 1962. Er hat zuvor bereits für die Republikaner-Fraktion im Europaparlament gearbeitet und war von 1991 bis 1997 Chefredakteur der extrem rechten Theoriezeitschrift Nation Europa. Wegen eines dort veröffentlichten »Asylbetrügergedichtes« wurde Richter als Volksverhetzer verurteilt.[9] Gemeinsam mit dem Abgeordneten JÜRGEN GANSEL, geb. 1974 (seine Bezeichnung »Bomben-Holocaust« für die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 sorgte im Landtag für eine Eklat) und anderen Akademikern hat er die so genannte »Dresdener Schule« gegründet; seit der Ankündigung, sie werde die »Denkfabrik« der NPD, war von dieser allerdings nichts mehr zu hören.

UWE LEICHSENRING, 1967-2006, gehörte zu der Riege sächsischer Lokalpolitiker, die ihre Partei in einigen Regionen Sachsens bürgerlich verankert haben. In seinem Heimatort Königstein war er als Fahrlehrer allseits bekannt und erreichte bei Wahlen Ergebnisse von über 20 Prozent. Der Geschäftsführer der Landtagsfraktion kam im August 2006 bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

Zahlreiche Kader aus verbotenen Neonazi-Organisationen bekleiden in der NPD heute Führungspositionen. THORSTEN HEISE, geb. 1969, einst Naziskinhead, vorbestraft wegen Körperverletzung, Ex-FAP-Landeschef und Besitzer eines Musikversandes sitzt seit 2004 im Bundesvorstand und ist dort zuständig für die Kontakte zu den Neonazi-Kameradschaften. JENS PÜHSE, geb. 1972, war Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front und Mitte der neunziger Jahre ein wichtiger Nazi-Rock-Verleger, heute ist er Geschäftsführer des Deutsche Stimme-Verlages. THOMAS WULFF, geb. 1962, war Vorsitzender der 1995 verbotenen Nationalen Liste, ist heute Wahlkampfmanager und Referent beim NPD-Bundesvorstand. Der Hamburger zog vor einigen Jahren nach Mecklenburg-Vorpommern und hat den dortigen Landtagswahlkampf 2006 von langer Hand vorbereitet.



Die Führungsriege der NPD (v. l. n. r.): Holger Apfel (Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag), Udo Voigt (Bundesvorsitzender), Klaus Beier (Bundespressesprecher) und Sascha Roßmüller (Bundesvorstand) feiern am Abend des Wahlerfolges in Sachsen.
Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey, Voigt und Apfel führen den NPD-Aufmarsch in Dresden im Februar 2005 an.
Der langjährige Kameradschaftsaktivist Thorsten Heise gehört zu den prominenten Neuzugängen im Bundesvorstand der NPD, die für die Integration des Kameradschaftsspektrums in die Partei sorgen sollen.

Mit ANJA ZYSK, geb. 1972, aus Hamburg wird seit November 2005 erstmals ein NPD-Landesverband von einer Frau geführt. Während die Partei lange Zeit fast männerbündische Züge aufwies, hat in den vergangenen Jahren der Anteil (vor allem junger) Frauen stark zugenommen.

4. Finanzen

Woher bekommt die NPD ihr Geld? Die Antwort ist wenig spektakulär: vor allem von ihren Mitgliedern und von dem Staat, den sie bekämpft.

»Die NPD finanziert sich wie eine Sekte«, schrieb einmal die Zeitschrift Capital, »sie lebt vom Opfer der Aktiven und von kleinen Spenden«. Wie bei Sekten geben die Mitglieder, obwohl die meisten selbst nicht viel Geld haben. Und sie zahlen mehr, als beispielsweise die Anhänger von Republikanern oder DVU. Im Jahr 2000 zum Beispiel nahm die NPD pro Mitglied 71,31 Euro Beitrag ein. Bei den Republikanern waren es nur gut 30 Euro, die vom Multimillionär Gerhard Frey geführte DVU kassierte nicht einmal 14 Euro.

Die NPD-Spitze unternimmt viel, um an das Geld der Mitglieder zu kommen. Regelmäßig schreibt sie Bettelbriefe. In den Anfangsjahren ließ sie sich sogar die Parteiabzeichen bezahlen und verlangte Eintritt für Wahlkampfveranstaltungen. Heute füllt u.a. der Verkauf von Büchern und rechter Musik die Kassen. Im Katalog des Deutsche Stimme-Versandes finden sich zum Beispiel Biographien von SS-Leuten wie dem verurteilten Kriegsverbrecher Erich Priebke, antisemitische Pamphlete und Videos über Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Solche Produkte tragen wesentlich zum Verlagsumsatz von 1,2 Millionen Euro (im Jahr 2003) bei. Und anders als in den Jahrzehnten zuvor wird die Deutsche Stimme heute professionell gemanagt (unter anderem übrigens von Holger Apfel) und erwirtschaftet Gewinne.

Wie jede andere Partei muss die NPD einmal im Jahr einen Finanzbericht beim Bundestag einreichen, deshalb sind – mit zeitlicher Verzögerung – ziemlich gute Einblicke in die Parteikassen möglich: Im Jahr 2002 erhielt die NPD demnach 428.188 Euro an Mitgliedsbeiträgen und 652.853 Euro an Spenden (28 bzw. 43 Prozent der Gesamteinnahmen).[10] Auffallend ist, dass fast alle Spenden von Privatpersonen stammten; Großspenden aus der Wirtschaft, über die gern spekuliert wird, bekam und bekommt die NPD nicht. Zwar stimmt es, dass in der NPD etliche Unternehmer vertreten sind. Doch wirklich reich ist niemand von ihnen, ihre Unternehmen sind klein, meist reichen die Gewinne nur für den eigenen Lebensunterhalt. Aber das eigene Geschäft hat einen großen Vorteil: man kann seine Zeit frei einteilen und hat keinen Chef, der sich an der Arbeit in der NPD stören könnte. Udo Voigt zum Beispiel hat mit seiner Ehefrau eine Textilreinigung aufgebaut. Udo Holtmann, viele Jahre NRW-Landeschef und Mitglied des Bundesvorstandes, verdiente seinen Lebensunterhalt mit einer Druckerei in Bochum (und als V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz). Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise lebt von einem neonazistischen Musikversand.

Die meisten Spenden an die NPD sind deshalb kleine Summen, nur wenige Personen zahlten mehr als 10.000 Euro (ab dieser Grenze müssen die Namen in den Finanzberichten genannt werden). Parteichef Voigt gab 1997 zum Beispiel 20.829 DM, der Schatzmeister des Bundesverbandes Erwin Kemna 23.550 DM. Mit Abstand größter Gönner ist ein unauffällig lebender Rentner aus Leipzig, er hat der Partei über die Jahre mehr als 300.000 Euro vermacht. Regelmäßig wird die NPD auch in Testamenten bedacht. Mit dem Geld eines 2002 verstorbenen Herrn aus Stuttgart etwa konnte sich die NPD in Berlin-Köpenick ein eigenes Domizil kaufen, die Parteizentrale trägt seither den Namen »Carl-Arthur-Bühring-Haus«.

Der dritte große Einnahmeblock der NPD ist die staatliche Parteienfinanzierung. Im Jahr 2002 erhielt die NPD auf diesem Wege fast 330.000 Euro (das waren 22 Prozent der Gesamteinnahmen). Seitdem ist diese Summe noch gestiegen: Wegen der Stimmenzuwächse bei den Landtagswahlen in Thüringen, Saarland und Sachsen sowie bei der Europawahl waren es 2004 schon 650.000 Euro.

Das Carl-Arthur-Bühring-Haus: Die Bundeszentrale der NPD in Berlin-Köpenick trägt den Namen eines großzügigen Spenders.



Und das Ergebnis von 1,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 bringt der Partei in den kommenden Jahren schätzungsweise weitere 500.000 Euro ein.

Damit, und dank der steigenden Mitgliederzahlen, steht die einst hochverschuldete NPD heute auf finanziell sicheren Füßen. Gegenüber Mitte der 1990er Jahre hat sie ihre Ausgaben für Propaganda und Personal vervielfachen können.

Der Einzug in den Sächsischen Landtag hat der NPD eine weitere Geldquelle eröffnet: die Fraktionsmittel. Wie für alle Abgeordneten werden auch für die rechtsextremistischen Parlamentarier Büros, Dienstwagen, Telefonkosten und vieles mehr aus Steuergeldern bezahlt. Exakt 118.560 Euro stehen der zunächst zwölf-, inzwischen nurmehr neunköpfigen NPD-Fraktion monatlich an Sachkosten zu. Neben den Abgeordneten selbst werden vom Landtag noch mehr als 20 Fraktionsmitarbeiter bezahlt, auf diesem Weg wurden etliche verdiente NPD-Kader mit sicheren Arbeitsplätzen versorgt – Parteivize Peter Marx, Generalsekretär Ulrich Eigenfeld oder der Vorsitzende der Jugendorganisation JN, Stefan Rochow. Zu den Fraktionsangestellten gehört auch der verurteile Rechtsterrorist Peter Naumann, der heute durch Sachsen zieht und Vorträge (zum Beispiel mit dem Titel »Märtyrer sterben nicht! Nürnberg 1946 – Großdeutschland am Galgen«) bei Neonazi-Kameradschaften hält.



Sozialabbau und EU-Osterweiterung: Die NPD ist stets bemüht, aktuelle Themen in ihrem Sinne aufzugreifen.



5. Geschichte

»Es lebe unser geschlagenes und gedemütigtes deutsches Volk!«[11] Das waren die Schlussworte des ersten NPD-Vorsitzenden Friedrich Thielen auf der Gründungsveranstaltung im November 1964. Und damit ist auch das Programm der frühen NPD umrissen: Sie war vor allem ein Club von Hitler-Verehrern, die die Niederlage im Zweiten Weltkrieg betrauerten. Die extreme Rechte in Deutschland war nach 1945 zunächst in desolatem Zustand und seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 – nach anfänglichen Erfolgen der Sozialistischen Reichspartei (SRP), die 1952 verboten wurde – in immer kleinere Gruppen zerfallen.

In dieser Situation versuchte die Deutsche Reichspartei (DRP) – die größte verbliebene nationalistische Partei – die Gründung eines Sammelbeckens für alle Strömungen rechts der CDU/CSU. Die DRP-Kader sicherten sich dabei die Schlüsselpositionen, und so kamen zahlreiche Ex-Nazis in die NPD. »Die NS-Belastung in der Partei wächst von unten nach oben. Eine nazistische Vergangenheit haben 35 % aller NPD-Mitglieder, aber 46% der Funktionäre auf Orts- und Kreisebene und 66 % auf Bezirksebene. Das Maximum wird in der Parteispitze erreicht: 76 % der obersten Funktionäre waren Mitglieder der NSDAP und hatten häufig leitende Positionen in der NS-Hierarchie eingenommen.«[12] Für die Öffentlichkeit schob die NPD bürgerlich-konservative Aushängeschilder nach vorn, wie Friedrich Thielen, ehemaliges CDU-Mitglied und erfolgreicher Betonfabrikant aus Bremen. Es dauerte aber nicht lange, bis ihn der alte DRP-Mann Adolf von Thadden von der Parteispitze verdrängte.

»Das nationalbewußte Deutschland hat sich zusammengeschlossen«: So vermeldet 1964 die Zeitung der DRP die Gründung der NPD.



REICHSRUF

WOCHENZEITUNG FÜR DAS NATIONALE DEUTSCHLAND

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gegründet

Das nationalbewußte Deutschland hat sich zusammengeschlossen

Aufstieg

Bei der Bundestagswahl 1965 holte die NPD zwei Prozent – mehr als doppelt so viel wie die DRP 1961. Und sie erreichte Wählerschichten, »die bisher nicht für eine rechtsradikale Partei gestimmt hatten. Sie war vor allem in ländlichen Gebieten mit kleinbäuerlicher Struktur, oft im Zonenrandgebiet, erfolgreich, ferner in Klein- und Mittelstädten mit überwiegend konservativ eingestellter Bevölkerung«.[13] Schnell eroberte die NPD erste Kommunalmandate und zog bis 1969 mit 61 Abgeordneten in insgesamt sieben Landtage ein. Ihr Spitzenergebnis holte sie mit 9,8 Prozent in Baden-Württemberg. In den Parlamenten war die NPD isoliert. Sie versuchte mit populären Themen (etwa dem Eintreten

für den Nationalpark Bayerischer Wald) und mit populistischen Vorstößen (beispielsweise für die Kürzung der Abgeordnetendiäten) auf sich aufmerksam zu machen. Ein wirkliches Herzensanliegen aber war der Partei die Verhinderung der Verfolgung von Nazi-Tätern – nacheinander verlangten alle ihre Landtagsfraktionen, die Zuschüsse für die zentrale Ermittlungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg zu streichen.

Zum steilen Aufstieg der NPD trug bei, dass in den Jahren 1966/67 das Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik ins Stocken geraten war. Die Partei machte sich Abstiegsängste der Mittelschicht zunutze und erhielt Zulauf auch von Arbeitern, die bisher SPD gewählt hatten. Sie profitierte von den verbreiteten Ängsten vor gesellschaftlicher Modernisierung und Liberalisierung, und angesichts der teilweise rabiaten Studentenproteste kamen ihre Parolen von Sicherheit und Ordnung bei einem Teil der Bevölkerung gut an. Trotzdem verpasste sie bei der Wahl 1969 mit 4,3 Prozent den sicher geglaubten Einzug in den Bundestag. Ihre wichtigsten Themen, Ostpolitik und Wiedervereinigung, hatten die Öffentlichkeit relativ wenig interessiert. Außerdem versuchten CDU/CSU damals, selbst mit nationalistischen Tönen NPD-Anhänger anzusprechen. Auf viele WählerInnen dürfte zudem abschreckend gewirkt haben, dass die Bundesregierung mit einem Parteiverbot drohte, die Wirtschaft vor dem Einzug von Rechtsextremisten in den Bundestag warnte und es am Rande von NPD-Veranstaltungen und Gegendemonstrationen immer wieder auch zu militanten Protesten kam.

Niedergang

Mit der Wahlniederlage 1969 begann ein jahrzehntelanger Niedergang der NPD. Sie zerfleischte sich in innerparteilichen Richtungskämpfen. Einige Jahre versuchte sich die Partei noch an einem eher bürgerlich-konservativen Kurs. Unter ihrem blassen Vorsitzenden Martin Mußgnug (der 1971 gewählt wurde) sanken die Wahlergebnisse dann auf unter ein Prozent. Die ausbleibende Wahlkampfkostenerstattung stürzte die Partei in finanzielle Krisen. Immer mehr Mitglieder wanderten zur populistischeren extrem rechten DVU ab, die der Münchner Verleger und Millionär Gerhard Frey 1971 gegründet hatte. Auf der anderen Seite spalteten sich neu-rechte Zirkel und militante Neonazigruppen ab – wie beispielsweise die Wehrsportgruppe Hoffmann. Von einst fast 30.000 Mitgliedern waren 1996 nur noch 3500 übrig. Mehrmals erwog die Partei sogar die Selbstauflösung. DVU und die Republikaner, die 1983 von rechtsnationalen Ex-CSUlern gegründet worden waren, erwiesen sich bei Wahlen als erfolgreicher.

Wiederaufstieg

Nach dem Mauerfall versuchte die NPD, in den neuen Ländern Fuß zu fassen. Das erste Flugblatt des Ost-Ablegers »Mitteldeutsche Nationaldemokraten« (MND), der im März 1990 gegründet wurde, propagierte »eine Verbindung der freien Marktwirtschaft Westdeutschlands mit unserer sozialen Struktur«.[14] Aber damals banden noch Helmut Kohl und die CDU mit nationalistischem Pathos und fürsorglichen Sozialstaats-Versprechen die potenziellen NPD-Wähler. Und die Relativierung des Holocausts, für die der 1991 gewählte Vorsitzende Günter Deckert stand, kam nicht recht an in der Ex-DDR, wo die Menschen durch jahrzehntelangen Antifaschismus geprägt waren.

Nicht die überalterte NPD, sondern neonazistische Netzwerke wie die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) oder parteiförmige Gruppierungen wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) förderten ab 1990 in Ostdeutschland das Entstehen einer militanten Naziskinhead-Szene. Fünf dieser Organisationen wurden von der Bundesregierung nach den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) verboten. Deren Kader verfolgten danach eine Doppelstrategie: Einerseits entwickelten sie das Konzept der »Freien Kameradschaften« – diese lose verbundenen Gruppen sind für staatliche Verfolgung sehr viel schwerer greifbar. Zum anderen wandten sie sich der NPD zu, denn sie bot als zugelassene Partei einen legalen Rahmen für weitere Aktivitäten. Deren Jugendorganisation JN hatte sich ihrerseits unter ihrem Vorsitzenden Holger Apfel für Zusammenarbeit angeboten. Als 1996 Udo Voigt den NPD-Vorsitz übernahm, öffnete er auch die daniederliegende Mutterpartei für Ex-Kader von Neonazi-Gruppen, die danach schnell bis in die Parteiführung aufstiegen.

6. Das Verbot

Im Jahr 2001 versuchte die Bundesregierung (gemeinsam mit Bundestag und Bundesrat), die NPD vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. In der Klageschrift wurden zahlreiche Indizien für die Verfassungsfeindlichkeit und die »aggressiv kämpferische Haltung« der Partei zusammengetragen – doch der

Wahlkampfauftakt und 1. Mai: Aufmarsch der NPD in Rostock 2006.



Prozess in Karlsruhe platzte noch vor der ersten mündlichen Verhandlung aufgrund einer formalen Frage. Im Januar 2002 wurde bekannt, dass unter den vom Gericht geladenen Zeugen auch »Vertrauensmänner« (V-Männer) des Verfassungsschutzes waren. Die Kläger räumten schließlich ein, dass etwa 30 der bundesweit rund 200 NPD-Vorstandsmitglieder – also fast jeder siebte – Informationen an die Sicherheitsbehörden lieferten. Weil die Behörden sich weigerten, deren Namen offen zu legen und prinzipiell nicht auszuschließen war, dass der Staat Einfluss auf die Partei genommen hatte, lehnten drei der sieben Verfassungsrichter eine Fortsetzung des Verbotsverfahrens ab. Dieses Minderheitenvotum genügte, um den Prozess zu beenden.

Für die NPD brachte das Scheitern einen erheblichen Imagegewinn. In der Öffentlichkeit ist seitdem der Glaube verbreitet, die NPD sei keine verfassungsfeindliche Partei, jedenfalls könne sie so schlimm nicht sein. Außerdem herrscht über die Arbeit von V-Leuten eine falsche Vorstellung: Sie sind keine eingeschleusten Agenten des Staates, sondern lediglich Informanten, die sich gegen Geld oder andere Versprechungen dazu bereit gefunden haben. Vieles kann an der V-Mann-Praxis kritisiert werden, doch eine Steuerung der NPD von außen hat es nie gegeben – tatsächlich war es oft umgekehrt: Die V-Leute benutzten den Verfassungsschutz und finanzierten mit den bezahlten staatlichen Honoraren ihre Parteiarbeit. Durch das geplatzte Verbotsverfahren wurde bekannt, dass die NPD über etliche V-Leute längst Bescheid wusste und einige sogar die Informationen, die sie an die Behörden lieferten, vom Parteivorstand genehmigen ließen. Wolfgang Frenz, langjähriger Vize-Vorsitzende in NRW und von 1962 bis 1995 V-Mann, sagt im Rükkblick jedenfalls: »Ich habe mich immer als Parteisoldat verstanden, der für die Partei Kontakte zum Verfassungsschutzamt unterhielt.«

7. Zum Weiterlesen

- Reinhard Kühnl u. a., Die NPD. Frankfurt/Main 1969. – Etwas aufgeregte Kampfschrift, die einiges über die frühe NPD verrät – und über den damaligen Antifaschismus.
- Lutz Niethammer, Angepasster Faschismus. Frankfurt/Main 1969. – Äußerst kundige Analyse der sieben NPD-Landtagsfraktionen Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre.
- Uwe Hoffmann, Die NPD. Frankfurt/Main 1999. – Dicke und faktengesättigte Dissertation; aber sie endet mit Voigts Amtsantritt, behandelt deshalb nur die »alte« NPD.
- Claus Leggewie/Horst Meyer, Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Frankfurt a. M. 2002. – Aufsatzband über die Partei und den Umgang mit ihr aus Anlass des NPD-Verfahrens.
- Andrea Röpke/Andreas Speit, Braune Kameradschaften. Berlin 2004. – Detailreicher Einblick in die militante Neonazi-Szene, mit der die NPD paktiert.
- Jan Zobel, Volk am Abgrund. Berlin 2005. – Eitler, kaum reflektierter und wenig aussagender Bericht eines NPD-Aussteigers.
- Toralf Staud, Moderne Nazis. Köln 2005. – Flott lesbares und trotzdem fundiertes Buch über die »neue« NPD.
- Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006. – Aktueller Sammelband, der verschiedene Facetten der jüngsten Entwicklungen präzise analysiert.

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs und verschiedene andere Primärquellen. Diese werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 1990er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek und verschiedene Sondersammlungen.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (erhältlich unter http://www.apabiz.de) umfasst mehr als 60 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir neben der Bildungsarbeit in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief *monitor*, sowie in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter http://www.apabiz.de.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49
mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de
geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

diese publikation wurde durch mittel aus dem berliner landesprogramm gegen rechtsextremismus, fremdenfeindlichkeit und antisemitismus gefördert.

Anmerkungen:
1 Deutsche Stimme Juni 1997, S.3.
2 Junge Freiheit Nr. 40/2004, S.3.
3 NPD-Grundsatzprogramm.
4 Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006, Riesa 2005.
5 »Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland«, hrsg. vom NPD-Parteivorstand, Berlin, o.J.
6 Junge Freiheit Nr. 40/2004, S.3.
7 Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006, Riesa 2005.
8 NPD LV Sachsen Flugblatt 1998.
9 Mecklenburg (Hrsg): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 513.
10 Finanzbericht der NPD.
11 Zit. n. Reichsruf vom 4.12.1964.
12 Hans Maier/Hermann Bott: Die NPD, München 1968, S. 17.
13 Werner Smoydzin: NPD,Pfaffenhofen 1967, S. 134.
14 Vgl.: Leipzig ganz rechts. Eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten in Leipzig 1989-1995, S. 20.